

DIE WELT

Juristen-Kritik

07.05.15

Europa ist zu nachsichtig mit Defizitsündern

Juristen äußern scharfe Kritik an den neuen Leitlinien des Stabilitätspaktes. Der EU reichen schon bloße Ankündigungen von Reformen – und schon würde Sündern wie Frankreich mehr Zeit zugestanden.



EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat zu viel Nachsicht mit Defizitsündern, finden die Juristen

Französische Minister sind schon seit Wochen häufig gesehene Gäste in Brüssel. Am Donnerstag kam Finanzminister Michel Sapin in den Finanzausschuss des Europaparlaments, um für die Reformbereitschaft zu werben. "Frankreich reformiert sich", sagte er, "aber Reformen müssen sorgfältig verhandelt werden und behutsam eingeleitet werden, damit sie andauern und soziale Konflikte vermieden werden."

Das Land steht unter scharfer Beobachtung in der Europäischen Union. Frankreich hat mehrfach mit seinem zu hohen Haushaltsdefizit gegen die Bedingungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der Europäischen Union verstoßen.

Ein Plan, der Reformen als eine einfache politische Willenserklärung ankündigt, würde nicht die Bedingungen (...) erfüllen

Aus dem Rechtsgutachten

Trotzdem verzichtete die Europäische Kommission Ende Februar in einer hoch umstrittenen Entscheidung erneut auf eine Strafe. Zwei Jahre sollte Frankreich mehr Zeit erhalten, die Defizitkriterien einzuhalten. Die Kommission machte dem Land im Gegenzug die Auflage, bis Ende April einen Reformplan einzureichen. Die Entscheidung der Kommission von Ende Februar hatte zahlreiche konservative Abgeordnete im Europaparlament verärgert. Sie sahen sie als Verrat an den Euro-Stabilitätskriterien an.

Vor diesem Hintergrund dringt nun ein Rechtsgutachten an die Öffentlichkeit, dem zufolge die Kommission sich zu viel Entscheidungsspielraum bei der Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gibt. Im Januar hatte Jean-Claude Juncker ein Versprechen eingelöst und neue Leitlinien zur Interpretation des Paktes präsentiert. Ein wesentlicher Teil ist, dass Staaten mehr Zeit erhalten, ihr Defizit zu reduzieren, wenn sie im Gegenzug Strukturreformen einleiten oder in das Wachstum investieren.

Wie es heißt, fiel die Kommissionsentscheidung zu Frankreich nicht auf Basis der neuen Leitlinien. Die meisten Teile gelten für Staaten, die unter die präventive Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspaktes fallen, gegen die also noch kein Defizitverfahren eröffnet wurde wie gegen Frankreich. Kommende Woche, wenn die Kommission ihre länderspezifischen Empfehlungen veröffentlicht, könnten sie allerdings eine erste Anwendung finden.

Ist die EU-Kommission zu lasch?

Der juristische Dienst im Rat der Europäischen Union zweifelt in dem Gutachten vom 7. April nun allerdings die Rechtmäßigkeit der neuen Leitlinien an. Die Juristen vertreten unter anderem die Ansicht, dass Defizitsünder mehr als nur ein Reformversprechen abgeben müssen, damit mit ihnen nachsichtig umgegangen wird. Die geltenden Regeln verlangten, dass Reformen konkret auf den Weg gebracht werden. "Ein Plan, der Reformen als eine einfache politische Willenserklärung ankündigt, würde nicht die Bedingungen ... erfüllen", schreiben die Juristen in dem Papier, das der "Welt" vorliegt.

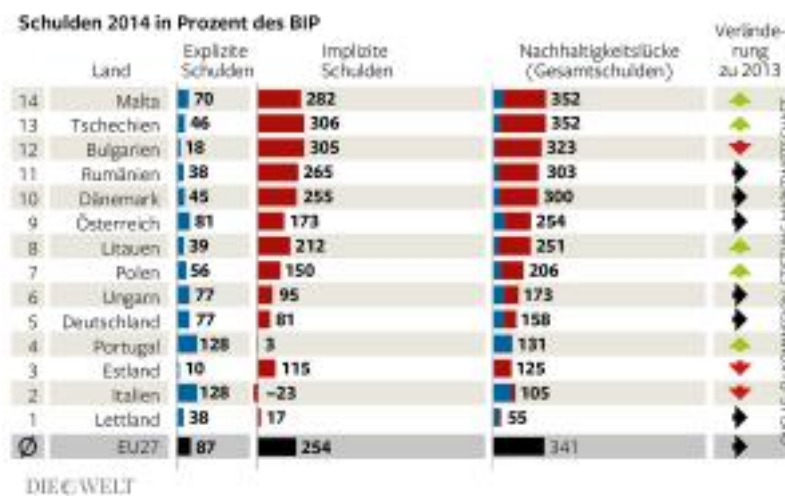


Foto: Infografik Die Welt 60 Prozent Verschuldung in Prozent des BIP sind laut den Maastricht-Kriterien erlaubt

Die neuen Leitlinien der Europäischen Kommission vom Januar ließen zu viele Fragen offen, urteilen die Gutachter. So sei unklar, ob die Flexibilität schon bei angekündigten Reformen gelten solle oder ob es nötig sei, dass sie schon angenommen oder sogar schon umgesetzt wurden. "Die Kommunikation ist sehr schwammig in ihrer Formulierung", urteilen die Gutachter.

Die Europäische Kommission teilt diese Ansicht nicht. Die Leitlinien, die auch im Rat diskutiert worden seien, seien juristisch einwandfrei und bewegten sich im Interpretationsspielraum der Behörde. "Wir bleiben überzeugt", heißt es in der Kommission, "dass die Mitteilung die richtige Balance findet zwischen Fiskaldisziplin, Strukturreformen und der Förderung von Investitionen."

Man sei "erstaunt" darüber, dass das Gutachten nun an die Öffentlichkeit gelangt sei, heißt es in der Behörde. Immerhin sei das Rechtsgutachten im Rat doch schon am 7. April erstellt worden und der Rat habe die Bedenken der Juristen offenbar nicht weiter verfolgt. Die Kommission ist deswegen entschlossen, die neuen Leitlinien

weiter anzuwenden. In Diplomatentreisen wird darauf verwiesen, dass der Rat ja die Möglichkeit habe, mit der entsprechenden Mehrheit die Kommissionsvorschläge abzulehnen.

Kritik von EU-Parlamentariern

Die Kommission hatte die Leitlinien für die Interpretation des Stabilitäts- und Wachstumspaktes am 13. Januar vorgelegt. Sie berief sich dabei auch auf Schlussfolgerungen des Europäischen Rats, der vergangenes Jahr erklärt hatte, die "in den geltenden Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes enthaltene Flexibilität in bester Weise" nutzen zu wollen, um Wachstum, Investitionen und Reformen zu fördern.

„Durch dieses (...) Urteil drängt sich (...) der Eindruck auf, dass die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (...) zum Vorteil einiger weniger Mitgliedstaaten bewusst ans Äußerte gedehnt wurden

Abgeordnete im Europaparlament fordern die Kommission zu einem Kurswechsel auf. "Durch dieses sehr eindeutige Urteil drängt sich einmal mehr der Eindruck auf, dass die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes aus politischen Erwägungen und zum Vorteil einiger weniger Mitgliedstaaten bewusst ans Äußere gedehnt, in diesem Fall sogar gebrochen wurden", beklagt sich der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber in einem Schreiben, das der "Welt" vorliegt, bei Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.

Mitgliedstaaten werde damit ein "Persilschein" ausgestellt, kritisiert Ferber. Er fordert Juncker dazu auf, "beim Stabilitäts- und Wachstumspakt zu einer Auslegung zurückzukehren, die einerseits dem Wort 'Stabilität' gerecht wird und andererseits mit europäischem Recht auch tatsächlich vereinbar ist".

Seit seiner Einführung 1997 ist der Pakt in den Jahren 2005 und zwischen 2011 und 2013 mehrfach reformiert und erweitert worden. Er wird inzwischen mehrmals pro Jahr im Rahmen des als Europäisches Semester bezeichneten jährlichen Zyklus der wirtschaftspolitischen Koordinierung auf EU-Ebene angewandt.